

Vor 80 Jahren feierten die Faschisten in Nürnberg ihren Sieg über die Demokratie

Am 1. September 1933 hielt die NSDAP in Nürnberg ihren 5. Reichsparteitag ab. Sie nannte ihn den "Kongress des Sieges". Leni Riefenstahl filmte das Geschehen und machte daraus einen ihrer schmalzigen NS-Propagandafilme. Die Bilder sollten glauben machen, dass das ganze deutsche Volk aufgebrochen ist, um dem „Erlöser“ Hitler zuzujubeln. In Wirklichkeit jubelten die vielen Menschen, wie sie später feststellen sollten, einem Massenmörder, Folterer und Zerstörer zu, der 1945 nach seinem Selbstmord ein Europa in Ruinen, über 55 Millionen Kriegstote und über 13 Millionen Opfer von Massenverbrechen (Holocaust) hinterließ.

Nach der Machtübertragung durch Anti-Demokraten und Kräfte der Restauration an Adolf Hitler am 30. Januar 1933, nach den darauf folgenden Dekreten zur Auflösung der Demokratie, nach der Verfolgung, Inhaftierung und Ausschaltung hunderter Politiker und anderer Menschen, die sich der braunen Ideologie widersetzen, nach der Durchsetzung des Ermächtigungsgesetzes gegen den Widerstand der Sozialdemokraten aber mit Unterstützung der Parteien des bürgerlichen Lagers, nach der gewaltsamen Gleichschaltung der Gewerkschaften jubelte Adolf Hitler „Die National Sozialistische Partei ist der Staat geworden“.

Mit den Worten „Niemals mehr November 1918“ machte Hitler deutlich, dass eine Rückkehr zur Demokratie der Weimarer Republik nicht mehr vorgesehen war. „Die Männer des Novembers (1918) sind gestürzt“ hieß im Klartext: Kommunisten, Sozialdemokraten und freie Gewerkschafter waren verfolgt, gedemütigt, gefoltert und getötet worden. Wer noch daran zweifelte, dass hier der Faschismus mit allen Mitteln die Macht über Körper und Geist eines Volkes ergriff, wurde durch Hitlers Worte eines Besseren belehrt. Er sprach die über 150.000 anwesenden Parteifunktionäre an: „Sie sind als meine Amtswalter die verantwortlichen Leiter des Volkes, und müssen die politische Erziehung zu einem Volk, einer Idee, einer Willensäußerung mit allen Mitteln durchsetzen.“

Dass die Faschisten mit demagogischen Mitteln das „Volk leiten“ wollten, wurde klar aus den Worten von Hitlers Stellvertreter, der den ersten Parteitag nach der „Machtergreifung“ zynisch als „modernste Volksvertretung der Welt“ bezeichnete.

Eigentlich zu bedauern sind die 60.000 Hitlerjungen, denen der „Führer“ am Nachmittag des 1.9.1933 zurief: "Ihr seid das lebende Deutschland der Zukunft." - Die wenigsten von ihnen sollten eine Zukunft erleben.

Aber die Jugend war ein wichtiges Element für die Machtsicherung der Nazis. Die faschistische Bewegung knüpfte an Prinzipien der um 1900 entstandenen Jugendbewegung an: Jugend galt nicht länger als Synonym für Unverstand und mangelnde Erfahrung, sondern Jugend wurde zum Sinnbild der Rebellion gegen das Überkommene und Veralterte. Seitdem Hitler den damals 24-jährigen im Oktober 1931 zum „Reichsjugendführer der NSDAP“ ernannt hatte, widmete Baldur von Schirach seine ganze Energie dem Aufbau der Hitlerjugend. Bereits am 29. Januar 1933 – einen Tag vor der Machtübergabe an Hitler - hatte er mit der Verkündung des „Manifests der Jugend“ seinen Anspruch auf die Führung der gesamten Jugend Deutschlands erhoben. Dementsprechend besetzte von Schirach am 5. April die Geschäftsstelle des „Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände“ und übernahm deren Vorsitz. Am 17. Juni 1933 ernannte Adolf Hitler ihn zum Reichsjugendführer und übergab ihm die Verantwortung für die „gesamte außerschulische Jugenderziehung“.

Die Hitlerjugend wurde nun schrittweise zum staatlichen Jugendverband. Jugendorganisationen der Parteien, Kirchen und Verbände wurden – soweit sie sich nicht in vorauseilendem Gehorsam selbst auflösten, um sich der siegreichen Hakenkreuzfahne anzuschließen - zwangsweise "gleichgeschaltet" oder kurzerhand verboten. Entsprechend wuchs die Zahl der Mitglieder der Hitlerjugend bis Ende 1933 auf 2,3 Millionen Mitglieder auf. Das entsprach bereits etwa einem Drittel der entsprechenden Altersgruppen.

Die Gleichschaltung machte auch vor den Deutschnationalen, die offiziell noch immer Hitlers Koalitionspartner in der Reichsregierung waren, nicht halt. Unter dem Vorwand angeblicher marxistischer Unterwanderung wurde eine Großaktion gegen den "Kampfring junger

Deutschnationaler" durchgeführt, der "Stahlhelm" wurde in "Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund" umbenannt und der SA angegliedert und seine Mitglieder mussten nunmehr der NSDAP beitreten. Alfred Hugenberg, der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Krupp-Werke und Vorsitzender der DNVP, hatte als Repräsentant der alten Eliten für Hitler die Türen zu Reichspräsident Hindenburg geöffnet und am 5. März bei den Reichstagswahlen noch den Mehrheitsbeschaffer für Hitler gespielt. Nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes am 23. März wurde er aber nicht mehr gebraucht. Am 27. Juni musste Hugenberg zurücktreten, die DNVP wurde aufgelöst, ihre Reichstagsabgeordneten schlossen sich der NSDAP-Fraktion an.

Nachdem am 23. März die Reichstagsabgeordneten der SPD als letzte der noch im Reichstag verbliebenen linken Politiker Widerstand gegen die Auflösung der Demokratie geleistet hatten, nachdem viele Mitglieder der SPD bereits Drangsalierungen und Verfolgungen über sich ergehen lassen mussten, wurde die letzte noch legal operierende politische Opposition am 22. Juni 1933 durch die Faschisten beseitigt. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wurde durch den nationalsozialistischen Reichsinnenminister Wilhelm Frick zur volks- und staatsfeindlichen Partei erklärt. Mit sofortiger Wirkung wurde allen sozialdemokratischen Mitgliedern von Gemeindevertretungen und Parlamenten die weitere Ausübung ihrer Mandate verboten. Mehr als 3.000 Sozialdemokraten wurden verhaftet und in Konzentrationslager verbracht, unter ihnen auch der frühere Reichspräsident Paul Löbe. Das Vermögen der Partei wurde beschlagnahmt, die sozialdemokratische Presse verboten. Für die Errichtung einer nationalsozialistischen Diktatur waren die Sozialdemokraten das größte Hindernis. Für Hitler war ihre Ausschaltung und Unterdrückung daher unabdinglich.

Auch in Wetzlar hatten SA und SS bereits im April 1933 die SPD-Kreistagsabgeordneten gehindert, an der ersten Sitzung des neuen Kreistags teilzunehmen. SPD-Landrat Miß war beurlaubt worden, nachdem angeblich eine Menschenmenge vor dem Kreishaus dies gefordert hatte. Zehn Ortsdiener, neun Flurhüter, neun Nachtwächter wurden entlassen, ebenso die elf sozialdemokratischen Bürgermeister der Kreisgemeinden und die SPD-Mitglieder bei der AOK, Fischer und Poppe. Zahlreiche Menschen wurden in „Schutzhaft“ genommen. Nachdem das Wetzlarer Gerichtsgefängnis total überfüllt war, wurde an der Jäcksburg ein Schutzhaftlager errichtet, welches formal der Polizei unterstand. Die Bewachung der politischen Gefangenen übernahm aber die SA.

Am 14. Juli 1933 setzten die Faschisten den Schlusspunkt unter die Abschaffung der ersten deutschen Demokratie. Das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ erklärte im ersten Paragraphen: "In Deutschland besteht als einzige Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei." Damit repräsentierten die damals 2,5 Millionen Mitglieder der NSDAP den am 1.9.1933 in Nürnberg gefeierten politischen Alleinvertretungsanspruch der Faschisten.

Menschen, die sich fortan für eine andere Partei betätigten, wurden mit Zuchthausstrafen bis zu drei Jahren bestraft. So wurde auch der Wetzlarer SPD-Parteisekretär Wilhelm Knothe, ein guter Freund August Bebels, im Juni 1934 „wegen Fortführung verbotener Organisationen“ zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er war bereits am 13.3.33 verhaftet, aber unter Auflagen vorübergehend wieder freigelassen worden und wurde dann Mitglied des illegalen Parteivorstandes der SPD für Südwestdeutschland. Auch Lina Muders, die sich als aufrechte Sozialdemokratin für Menschlichkeit, Toleranz und soziale Gerechtigkeit in Wetzlar einsetzte, wurde zu einer monatelangen Haftstrafe im Zuchthaus verurteilt.

Am Nachmittag des 1.9.1933 widmete sich der Reichsparteitag einem Kernpunkt des nationalsozialistischen Programms - der sogenannten Rassenfrage. Mit dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 waren erste Programmpunkte dieses Rassenwahns bereits kurz vor dem NSDAP-Parteitag Gesetz geworden und gipfelte in den sog. „Euthanasieverbrechen“ der Nazis. Aufgrund dieses Gesetzes wurden bis 1945 mindestens 400.000 Menschen zwangssterilisiert. Die Diagnose sogenannter „Erbkrankheiten“ war dabei teilweise

willkürlich, so beinhaltete „angeborener Schwachsinn“, mit der ca. 50% der Zwangssterilisationen begründet wurden, auch sozial missliebiges Verhalten als Symptom. 6.000 Frauen und 600 Männer sind durch Komplikationen während der Zwangssterilisation gestorben. Noch viel mehr sollten den „Euthanasie-Morden“ zum Opfer fallen. Mit Datum vom 1.9.1939 verabschiedete Hitler eine Tötungsermächtigung zum „Gnadentod“.

Alleine in der 1906 gegründeten Landesheilanstalt Hadamar, die 1940 in eine entsprechende Tötungsanstalt umgewandelt wurde, wurden ca. 15.000 Menschen ermordet.

„Der kostbarste Besitz aber ist das eigene Volk“ hatte Adolf Hitler auf dem Nürnberger Reichsparteitag „des Sieges“ am 1. September 1933 gesagt. Als er sich am 30. April 1945 erschoss, hatte er diesen „kostbaren Besitz“ verspielt:

5,3 Mio. deutsche Soldaten (ein Viertel aller zur Waffe eingezogenen) waren gefallen, 3,6 Mio. deutsche Zivilisten waren getötet worden.

Dem Rassenwahn der Nazis waren am Ende der ihrer Herrschaft neben 250.000 Euthanasieopfern 6,3 Millionen Juden und 500.000 Roma und Sinti zum Opfer gefallen.

Wer sich nicht erinnert, kann wieder schuldig werden.

Daher gibt es in Wetzlar den „Weg der Erinnerung“. In einer ca. 3stündigen Führung durch die Altstadt können Interessierte eine Zeitreise durch Wetzlar von 1933 bis 1945 erleben, die zu Orten der faschistischen Unterdrückung und des antifaschistischen Widerstands führt. Es geht um Unterdrückung, Erniedrigung und die Gedemütigten, um den Faschismus, den Widerstand und die wahren Heldinnen und Helden der jüngeren Vergangenheit.

Anfragen und Anmeldung: Bündnis gegen Nazis, Wetzlar

Kontaktperson: Irmtrude Richter, Tel: +49 6441 921840, mail: irmtrude.richter@t-online.de;

Anschrift: c/o FoKuS – WALI, Bahnhofstraße 11, D 35576 Wetzlar
